

### **9.3 Für Freiwilligkeit und Chancengleichheit**

#### **Antragsteller: Vorstand LJR**

*Die Vollversammlung des Landesjugendrings Saar beschließt:*

#### **Für Freiwilligkeit und Chancengleichheit: Gegen ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr und für die Stärkung der Freiwilligendienste**

Als Landesjugendring Saar sind für uns die Freiwilligkeit und Selbstbestimmung junger Menschen Grundpfeiler für gesellschaftliches Engagement. Unsere Jugendverbände, in denen sich viele junge Menschen freiwillig engagieren, sind Werkstätten und fundamentale Lernorte von Demokratie und Beteiligung. In diesem Sinne positionieren wir uns klar gegen die Einführung eines verpflichtenden Gesellschaftsjahres und fordern stattdessen eine Stärkung der bereits existierenden Freiwilligendienste.

- **Ablehnung des verpflichtenden Gesellschaftsjahres:** Wir lehnen ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr ab, da es einen verfassungsrechtlich hochproblematischen Eingriff in die Freiheitsrechte junger Menschen und in ihre individuelle Lebensplanung darstellt. Freiwilligkeit und Selbstbestimmung sind die Grundlagen für erfolgreiches Engagement.
- **Stärkung der bestehenden Freiwilligendienste:** Das vorhandene Angebot der Freiwilligendienste muss finanziell besser gefördert und ausgebaut werden, um es attraktiver zu gestalten. Ein überlegenswerter Schritt wäre auch, das Freiwillige Soziale Jahr ohne Altersbeschränkung anzubieten.
- **Erhöhung der Entlohnung für Freiwilligendienste:** Wir plädieren für ein deutlich erhöhtes Entgelt für die aktuellen Freiwilligendienste, bei denen mindestens die Lebenshaltungskosten gedeckt sein müssen.
- **Finanzielle Unterstützung für kleine Träger:** Die derzeitigen Modelle von Freiwilligendiensten müssen so finanziert sein, dass kleine Träger keinen Eigenanteil leisten müssen. Dies gewährleistet eine breitere Teilnahme von Trägern und damit ein größeres Angebot für die Interessierten.
- **Gerechte Bedingungen für alle:** Es darf weder vom Wohnort noch vom Einkommen der Eltern abhängen, ob jemand einen Freiwilligendienst absolvieren kann. Hier sollte die Maxime gelten: Wer sich freiwillig in den Dienst der Nächsten stellt, darf nicht noch draufzahlen müssen. Das schließt die Kosten für öffentliche Verkehrsmittel, Transportkosten, Versicherung, Wohnmöglichkeiten und andere damit verbundene Ausgaben ein.

Die Einführung eines verpflichtenden Gesellschaftsjahres stellt einen Eingriff in die Persönlichkeitsrechte und die Selbstbestimmung junger Menschen dar und ist daher antidemokratisch. Zudem reproduziert es erneut soziale Ungleichheiten, da es Familien mit schwachem sozio-ökonomischem Status stark belasten kann.

Die ökonomischen Folgen eines verpflichtenden Gesellschaftsjahrs für junge Menschen sind nicht abschätzbar, da jeder Mensch ein Jahr länger braucht, bis er dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht, was den Fachkräftemangel verschärfen könnte.

Dagegen sind die bereits bestehenden freiwilligen Dienste (FSJ, ÖSJ, etc.) eine bewährte Struktur, die flächendeckend den Dienst am Menschen und der Gesellschaft ermöglicht. Statt ein verpflichtendes



# TOP 9

## Anträge

Gesellschaftsjahr einzuführen, sollte die Finanzierung dieser Dienste verbessert und erweitert werden, um sie noch attraktiver zu gestalten und somit mehr junge Menschen anzusprechen. Stattdessen beobachten wir derzeit einen massiven Abbau der finanziellen Förderung der Freiwilligendienste durch die Bundesregierung. Für uns ist nicht nachvollziehbar, warum die Möglichkeiten für freiwillige Angebote abgebaut werden und gleichzeitig eine Verpflichtung gefordert wird.

Die Entscheidung für einen Freiwilligendienst sollte ausschließlich von der persönlichen Motivation und dem Interesse abhängen, nicht von finanziellen Hürden oder sozialen Ungerechtigkeiten. Nur so können wir eine inklusive und gerechte Gesellschaft fördern.

Der Landesjugendring Saar setzt sich nachdrücklich gegen die Einführung eines verpflichtenden Gesellschaftsjahres ein und fordert stattdessen die Stärkung der bereits existierenden Freiwilligendienste. Diese Maßnahmen sind im Sinne der Freiwilligkeit, Selbstbestimmung und sozialen Gerechtigkeit notwendig, um das Engagement junger Menschen zu fördern und unsere Gesellschaft nachhaltig zu stärken.